

dem letzten klarzumachen, daß es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dahin zu streben, daß wir einmal über kurz oder lang den Moment erleben, wenn von den herrschenden Klassen an die Massen der Appell ergeht, wo es heißt, daß sich eine Masse auf die andre stürzen soll, daß dann einmal der Moment kommt, wo von den Massen erklärt wird: Das tun wir nicht!“

Lasst uns nicht darauf warten, dass uns die Herrschenden zu den Waffen rufen! Kampf der Militarisation, der Kriegsvorbereitung und der Unterdrückung Europas durch den deutschen Imperialismus hier und jetzt! Kampf diesen Zuständen, die der Jugend nur Krise, Krieg und Barbarei bieten können!

**Kommt zu den Prozessen gegen die FDJ!**

**Nächste Verhandlung:**

**Fortsetzung des am Amtsgericht gewonnenen Verfahrens**

**Dienstag, 3. November 2015, 11.00 Uhr**

Landgericht München

(Nymphenburger Str. 16, A 229, 2. Stock)

**Hintergründe & aktuelle Informationen unter [www.FDJ.de](http://www.FDJ.de)**

**Nachfragen, Kontakt und Kritik an [Muenchen@FDJ.de](mailto:Muenchen@FDJ.de)**

**Spenden für die Prozesskosten:**

Freie Deutsche Jugend,

IBAN: DE65 1009 0000 5583 8220 05,

BIC: BEVODEBB, Stichwort: Prozesse



**Freie Deutsche Jugend  
Gruppe München**



*»Ich habe ja nichts gegen die Klassenjustiz.  
Mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht.  
Und daß sie noch so tut,  
als sei das Zeug Gerechtigkeit  
– das ist hart und bekämpfenswert.«*

Kurt Tucholsky

**Die Vorkriegszeit ist längst eingeläutet,  
im Gewaltenapparat herrscht Willkür –  
der Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus  
und Krieg wird wieder unter Strafe gestellt!**

Bayern soll wieder „Ordnungszelle des Reiches“ und Vorreiter bei der Zerschlagung der Demokratie sein. Seit Monaten werden willkürlich Jugendliche in München festgenommen (über 20 Festnahmen), ihre Wohnungen durchsucht, ihre Computer beschlagnahmt, weil sie angeblich die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ durch Zeigen des Emblems ihrer Organisation gefährden – der 1951/54 von alten Nazis und Feinden der Demokratie in Westdeutschland verboten und seit 1990 eindeutig wieder zugelassenen Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Dabei werden nicht nur die Rechte dieser Jugendlichen auf Vereinigung, Versammlung, Unverletzlichkeit der Wohnung und freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt, die Münchner Staatsanwaltschaft und politische Polizei stellen ganz offen den Rechtsstaat und die bürgerliche Gewaltenteilung in Frage. Das kann über kurz oder lang jeden treffen – egal ob politisch aktiv, organisiert oder aus Überzeugung Antifaschist und Kriegsgegner.

Neben dem Vorgehen des bayerischen Staates gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Kriminalisierung antifaschistischer Proteste in München, zeigt das Beispiel FDJ einiges: Am 20. Juli wurde ein FDJ-Mitglied im ersten von mehreren Verfahren vor dem Amtsgericht freigesprochen, die Anwendung des FDJ-Verbots sei anachronistisch und das Zeigen des Emblems nicht strafbar, so der Richter. Wie viel das Urteil eines Amtsrichters dem bewaffneten Arm des Gewaltenapparates wert ist, wurde schnell deutlich: Kaum endete der Prozess, wurde direkt vor dem Gerichtssaal ein Jugendlicher in FDJ-Blauhemd von der politischen Polizei festgehalten, zur Herausgabe seiner Personalien und zum Ausziehen des Hemdes gezwungen. Dass der Betroffene bereits 2014 vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten vom gleichen Vorwurf des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ ebenfalls freigesprochen worden

war, wurde damit kommentiert, dass hier nicht Berlin sondern Bayern sei. Unisono erklärten die „Hüter von Recht und Ordnung“, dass das soeben gefällte Urteil in ihren Augen nicht rechtskräftig und für das Recht nicht der Richter, sondern die Staatsanwaltschaft zuständig sei (remember: „Die Polizei handelt nie ‘rechtlos’ oder ‘rechtswidrig’, soweit sie nach den von ihren Vorgesetzten ... gesetzten Regeln handelt.“ – Gestapo-Justiziar Werner Best, Himmlers Fachmann in München). Drei Wochen zuvor erklärte die Polizei das Gebiet um einen Biergarten faktisch zum Gefahrengebiet und durchsuchte rechtswidrig alle herauskommenden Gäste, weil sie verdächtig seien, das „verbotene“ FDJ-Emblem gezeigt zu haben.

Der erste Prozess vor dem Amtsgericht endete mit einem Freispruch, die Staatsanwaltschaft setzt das Theater am 03.11. vor dem Landgericht fort. Verfahren gegen mehrere andere Genossen laufen.

Die FDJ wurde ab 1936 von Jugendlichen unterschiedlicher Weltanschauung, die aufgrund faschistischer Verfolgung emigriert waren, gegründet, um im Kampf gegen Faschismus und Krieg die Spaltung unter der Jugend zu überwinden. Nach der Befreiung 1945 kämpfte sie für die Umsetzung des Potsdamer Abkommens und ein friedliches, entnazifiziertes und sozialistisches Deutschland. Dafür wurde die Organisation zwei Jahre nach Gründung der BRD verboten und allein zwischen 1950 und 1955 über 1.000 Jahre Gefängnisstrafen gegen junge Kriegsgegner verhängt.

Mit dem Anschluss der DDR 1989/90 beschloss die Bundesregierung nicht nur den Raub des Volkseigentums von 16 Millionen DDR-Bürgern, sondern auch, dass alle im Osten legalen Organisationen in ganz Deutschland weiter existieren (das trifft für die FDJ zu). An diesen Einigungsvertrag hält sich die BRD genauso wenig, wie an andere völkerrechtliche Vereinbarungen.

Die FDJ wird heute wieder verfolgt, weil sie dagegen auftritt, dass die mit der Annexion der DDR größer gewordene BRD zum Krieg treibt und sich ökonomisch und politisch schon halb Europa unter-

# SCHULDIG

## Wegen fortgesetzter Unterstützung eines weltweiten Systems des Terrors und der Barbarei, dem Kapitalismus.

Wegen gewerbsmäßiger Anstiftung mittels Bandenbildung zu Vertreibung, Schlepptum, Menschenhandel, Mord, Raub und Krieg.



Schäuble, Wolfgang



Merkel, Angela



de Maizière, Thomas



von der Leyen, Ursula



Kaeser, Joe



Fitschen, Jürgen

25 Jahre „Deutsche Einheit“ durch die Annexion der DDR:

- Großdeutschland startet einen neuen Anlauf um die Vorherrschaft, der nächste große Krieg steht vor der Tür
- Wir leben vom Hunger und Leid von Millionen in der Welt und wundern uns, wenn diese Menschen einen Teil des ihnen Geraubten zurückwollen
- Die Armut wächst auch hierzulande, der Kapitalismus kann der Jugend keine Zukunft mehr bieten
- Demokratische Rechte werden beschnitten, wir leben in einem täglichen Notstand der Republik
- Jeder Gedanke an den Sozialismus und an Widerstand gegen den ganz normalen kapitalistischen Wahnsinn soll unterdrückt werden
- Polizei und Staatsanwaltschaft reaktivieren Nazi, „recht“
- Wieder stehen junge Antifaschisten und Kriegsgegner vor Gericht
- ...

Wie lange lassen wir die Verantwortlichen noch frei rumlaufen?

worfen hat. Weil sie nicht nur gegen Faschismus und Krieg kämpft, sondern im Westen wie im Osten auch für das „andere Deutschland“, mit all seinen Fehlern für den Versuch steht, den Sozialismus aufzubauen, woran heute nicht erinnert werden darf. Weil sie sagt:

**„Lieber sozialistische Experimente,  
als großdeutsche Katastrophen!“  
Dabei bleiben wir – trotz Klassenjustiz,  
Willkür und Verfolgung!  
Kämpft mit und zeigt euch solidarisch!**

Die staatliche Willkür gegen Einzelne kann in der heutigen Zeit jeden treffen, der sich nicht der herrschenden Meinung und der offiziösen bundesrepublikanischen Politik anschließt. Jeder spürt doch längst, dass der nächste große Krieg in Europa vor der Tür steht. Und die Geschichte zeigt, dass in Vorkriegszeiten immer die Repression gegen diejenigen zunimmt, die eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Kriege wollen, und dass diese Verfolgung nicht bei einer Organisation haltmacht. Die bürgerliche Republik ist doch längst in Frage gestellt durch die tägliche Zusammenarbeit von Polizeien, Armee und Geheimdiensten, durch den Einsatz der Bundeswehr im Inland, durch die Militarisierung des öffentlichen Lebens, durch die Entrechtung nationaler Minderheiten etc. pp.

Für die Profitinteressen der Kapitalisten, der Banken und Konzerne wird der Krieg vorbereitet, der die Welt wieder und vielleicht endgültig in Schutt und Asche legen wird, wenn wir es nicht verhindern.

Die Revolutionärin Rosa Luxemburg stellte schon vor 100 Jahren fest:

*„Es ist die Frage aufzuwerfen, können wir etwas gegen den Krieg tun? Wir sind uns darüber klar, daß, solange der Kapitalismus existiert, wir den Krieg nicht abschaffen können. Aber wir werden den Kapitalismus besiegen, wenn wir mit aller Macht gegen den Imperialismus, gegen den Krieg den Kampf führen. Und da gilt es, die äußerste Kraft aufzubieten, um auch*